

DIE LINKE, Niedersachsen, Goseriede. 8, 30159 Hannover



Kita-Volksinitiative
Bündnis für Kinder und Familien e.V.
Max-Eyth-Str. 40
30173 Hannover

Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende

Goseriede 8
30159 Hannover

Telefon 0511 - 92 45 910

Telefax 0511 - 92 45 911

landesbuero@dielinke-nds.de

www.dielinke-nds.de

Sparkasse Hannover

Konto-Nr. 590 606

BLZ 250 501 80

Hannover, 29.10.2012

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2013

Sehr geehrte Frau Heusler,
sehr geehrter Herr Massow

vielen Dank für Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2013. Nachfolgend erhalten Sie die Antworten. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass wir selbst alle an unsere Antworten auf Wahlprüfsteine oder vergleichbare Anfragen inkl. der Fragen und der fragenden Institution auf unserer Internetseite veröffentlichen werden. Solange ich nichts von Ihnen höre, gehe ich davon aus, dass Sie keine Einwände gegen eine solche Veröffentlichung haben.

Mit freundlichen Grüßen


Giesela Brandes-Steggewentz
Landesvorsitzende

Wahlprüfsteine der KiTa-Volksinitiative

Antwort von: DIE LINKE

Frage:

Die Kita-Volksinitiative fordert eine Verbesserung der KiTa-Rahmenbedingungen und stellt als Hauptforderung die Verbesserung des Personalschlüssels auf. Wie stehen Sie zu der Forderung der KiTa-Volksinitiative? Welchen Personalschlüssel wollen Sie im KiTa-Gesetz verankern?

Antwort:

DIE LINKE hat auf ihrer Landesvorstandssitzung am 13.10.2012 die Unterstützung der Volksinitiative einstimmig erklärt. Unsere Landtagsfraktion hat bereits im August 2009 einen Gesetzentwurf (Drs. 16/1491) eingebracht, der den Forderungen der Volksinitiative sehr nahe ist. Leider konnten wir keine andere Fraktion im Landtag zu einer Zustimmung zu unseren Forderungen bewegen. Der Gesetzentwurf sah einen Personalschlüssel von 1:4 in Krippen, 1:8 in Kindergärten und 1:10 in Horten vor. Darüber hinaus war eine Verbesserung der Verfügungsstunden (25 Prozent der vertraglichen Arbeitszeit) für die Beschäftigten und eine Ergänzung bei Leitungsaufgaben (vollständige Freistellung bei mind. 60 Kindern in der Einrichtung) Gegenstand des Gesetzentwurfs. Auf Verordnungsebene verfolgte unsere Initiative das Ziel, die Raumstandards für die Kinder zu verbessern. An diesen Zielen hält DIE LINKE fest.

Frage:

In den letzten Jahren wurde vor allem in den quantitativen Ausbau der Krippen investiert. Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie innerhalb der kommenden fünf Jahre ergreifen, um die Qualität der Erziehung, Betreuung und Bildung aller Kinder in Krippen zu verbessern?

Antwort:

Wie oben erwähnt, setzt sich DIE LINKE für Verbesserungen bei den Verfügungsstunden und Leitungsaufgaben ein. Dadurch hätten die Beschäftigten mehr Zeit für Elterngespräche, Kooperationen mit Stadtteilinitiativen, Vor- und Nachbereitungen von Fortbildungen etc. Durch einen besseren Personalschlüssel wird eine bessere individuelle Förderung möglich. All dies wirkt stresssenkend auf Kinder und Beschäftigte und erhöht die Qualität der Arbeit und des Arbeitsplatzes. Zusätzlich halten wir einen Ausbau von Studiengängen im Bereich der Elementarpädagogik für wichtig. Die Kindertagesstätten müssen Schritt für Schritt auf ein bedarfsgerechtes inklusives Ganztagsangebot hinarbeiten.

Darüber hinaus müssen einzelne Förderprogramme gezielt ausgebaut und mit geschulten Fachkräften unteretzt werden. Hier ist vor allem die frühkindliche Sprachförderung zu nennen, aber auch notwendige Unterstützungsmaßnahmen für Kinder, die zu Hause keine ausreichende Förderung erhalten (können). Es ist für DIE LINKE oberstes Ziel, dass Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern nicht vom Geldbeutel der Eltern bzw. Erziehungsberechtigten abhängen.

Frage:

Welche finanziellen Mittel wollen Sie in den nächsten Jahren in welchem Bereich investieren, um die frühkindliche Bildung in Niedersachsen zu stärken?

Antwort:

DIE LINKE steht für finanzstarke Kommunen. Wir wollen u.a., dass der Kommunale Finanzausgleich um jährlich mindestens 350 Mio. Euro erhöht wird. Damit würden die Kommunen in die Lage versetzt werden, mehr Geld in ihre Kindertagesstätten zu investieren. Auf Landesebene hat die LINKE Landtagsfraktion in jeder Haushaltsberatung den Antrag auf die Einführung eines weiteren beitragsfreien KiTa-Jahres gestellt, der Einnahmeausfall würde durch Landesmittel kompensiert werden. Die beitragsfreien KiTas standen zwar im Koalitionsvertrag von CDU und FDP, doch haben sie unsere Anträge zur Umsetzung ihres Koalitionsvertrags immer abgelehnt. Darüber hinaus hat DIE LINKE im Landtag in den letzten Jahren stets einen zweistelligen Millionenbetrag zur (baulichen) Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz und zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention gefordert. Wir sind der Auffassung, dass das Land die Kommunen dabei nicht alleine lassen darf. Diese Überzeugung werden wir auch in den kommenden fünf Jahren vertreten und uns im Landtag dafür einsetzen.

Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz und der flächendeckenden Einführung von inklusiven Kindertagesstätten muss es auch ausreichend Personal geben – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Das Land muss eine Aus- und Fortbildungsoffensive starten sowie die Rahmenbedingungen des Arbeitsplatzes attraktiver gestalten.